

Wir sind und bleiben das Stadtbild

agah warnt vor der Übernahme rechter Deutungsmuster und fordert ein klares Bekenntnis zur Zugehörigkeit

Der Landesausländerbeirat Hessen (agah) kritisiert die Forderung von Ministerpräsident Boris Rhein nach einer Fortsetzung der sogenannten Stadtbild-Debatte. Wer Zugewanderte pauschal mit Kriminalität und gesellschaftlichen Problemen in Verbindung bringe, fördere Ausgrenzung und spiele der AfD in die Hände. Von einem Ministerpräsidenten erwartet die agah, dass er die Zugehörigkeit aller Menschen in Hessen verteidigt.

Enis Gülegen, Vorsitzender der agah, erklärt: „Wer die AfD schwächen will, darf ihre Sicht auf unsere Gesellschaft nicht zur eigenen machen. Die Brandmauer ist kein Maulkorb für die demokratische Debatte, sondern eine Grenze gegen Menschenfeindlichkeit. Wir Migrantinnen und Migranten sind kein Missstand, den Politik am Stadtbild beheben müsste. Wir sind und bleiben das Stadtbild und lassen unsere Zugehörigkeit nicht infrage stellen.“

Menschen mit Wurzeln aus aller Welt bilden eine tragende Säule unserer Gesellschaft – in Wirtschaft, Kunst, Kultur, Bildung und im sozialen Bereich. Sie führen Unternehmen, arbeiten in Krankenhäusern, unterrichten an Schulen, engagieren sich in Vereinen und übernehmen politische Verantwortung. Ohne sie wäre Hessen nicht das Land, das es heute ist. Ihre Zugehörigkeit ist selbstverständlich und muss nicht durch besondere Leistungen gerechtfertigt werden.

Die agah weist die pauschale Verknüpfung von Zuwanderung und Kriminalität entschieden zurück. Öffentliche Sicherheit ist ein berechtigtes Anliegen aller Menschen. Straftaten müssen konsequent verfolgt, ihre Ursachen konkret untersucht und wirksam bekämpft werden. Herkunft oder äußere Erscheinung dürfen dabei nicht zum Verdachtsmerkmal werden. Die Brandmauer steht einer sachlichen Auseinandersetzung mit diesen Fragen an keiner Stelle entgegen.

Aus der Stadtbild-Debatte müssen die richtigen Lehren gezogen werden. Sie erneut mit pauschalen Zuschreibungen aufzuladen, leistet rechtspopulistischen und rassistischen Entwicklungen weiteren Vorschub. Wer politische Deutungshoheit durch die Übernahme rechtsextremer Positionen zurückgewinnen will, verschafft diesen Positionen zusätzliche Legitimität. Dadurch beschädigt man seine eigene Glaubwürdigkeit als demokratische Kraft.

Die Brandmauer ist zugleich ein Schutzversprechen an Menschen, die von rassistischer Ausgrenzung bedroht sind. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Hanau mahnen, welche tödlichen Folgen rassistischer Hass haben kann. Politische Sprache trägt Verantwortung: Sie kann Vorurteile zurückweisen oder dazu beitragen, dass Ausgrenzung als normal gilt. Es darf nicht erst eines weiteren Anschlags bedürfen, damit diese Verantwortung ernst genommen wird.

Die hessischen Ausländerbeiräte haben bereits während der von Friedrich Merz ausgelösten Stadtbild-Debatte deutlich Stellung bezogen. Die agah bekräftigt deshalb die Botschaft ihrer Kampagne „Wir sind das Stadtbild“ und wird rechtspopulistischer Stimmungsmache weiterhin entschieden entgegentreten. Sie erwartet, dass die demokratische Mitte sich unmissverständlich zur Zugehörigkeit der Menschen mit Einwanderungsgeschichte bekennt und die demokratische Brandmauer verteidigt.